

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

**Nr. 10** **München, den 31. August** **2015**

---

Datum	Inhalt	Seite
28.7.2015	Verordnung zur Änderung der Begabtenprüfungsordnung 2235-4-1-K	314
28.7.2015	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen 763-1-1-I	315
7.8.2015	Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Berufungsverfahren 2030-2-1-5-K	316
14.8.2015	Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen 2130-3-I	317
17.8.2015	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die amtsgerichtlichen Zweigstellen 300-2-3-J	319
17.8.2015	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Aufhebung von Richtervorbehalten 315-7-J	320
14.8.2015	Bekanntmachung zur Anpassung der im Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen enthaltenen Rahmensätze, Grenz- und Höchstbeträge an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2015/2016 2022-1-I	321

---

2235-4-1-K

## Verordnung zur Änderung der Begabtenprüfungsordnung

Vom 28. Juli 2015

Auf Grund des Art. 128 Abs. 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBl S. 183), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Prüfung für den Hochschulzugang von besonders befähigten Berufstätigen (Begabtenprüfungsordnung) vom 12. August 1986 (GVBl S. 265, BayRS 2235-4-1-K), geändert durch § 1 Nr. 255 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift erhält der Klammerzusatz folgende Fassung:

**„(Begabtenprüfungsverordnung – BegPO)“.**

2. In § 1 werden die Worte „ , wegen ihres Entwicklungsgangs keine Hochschulzugangsprüfung ablegen konnten“ gestrichen und die Worte „einer Hochschulzugangsberechtigung“ durch die Worte „der allgemeinen Hochschulreife“ ersetzt.

3. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung, die im Frühjahr durchgeführt wird, ist bis spätestens 31. Januar eines Jahres beim Staatsministerium unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formblatts zu stellen.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „und in der Regel das 40. Lebensjahr nicht überschritten“ gestrichen.

- b) In Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „einen er-

folglosen Versuch“ durch die Worte „zwei erfolglose Versuche“ ersetzt.

5. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6

### Allgemeine Prüfungsanforderungen

<sup>1</sup>Im wissenschaftlichen Fachgebiet sind vertiefte Kenntnisse nachzuweisen, in den übrigen Fächern entsprechen die Anforderungen denen der gymnasialen Oberstufe. <sup>2</sup>§ 44 Abs. 5 der Fachober- und Berufsoberschulordnung findet entsprechend Anwendung.“

6. In § 7 Satz 3 werden die Worte „und Latein“ durch die Worte „ , Italienisch, Latein, Russisch und Spanisch“ ersetzt.

7. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben; die Satznummerierung im bisherigen Satz 1 entfällt.

- b) Abs. 2 wird aufgehoben.

- c) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2; Satz 2 wird aufgehoben und die Satznummerierung im bisherigen Satz 1 entfällt.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft.

München, den 28. Juli 2015

**Bayerisches Staatsministerium  
für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Dr. Ludwig Spaenle, Staatsminister

763-1-1-I

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen**

**vom 28. Juli 2015**

Auf Grund des Art. 20 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl. S. 371, BayRS 763-1-I), das zuletzt durch § 1 Nr. 373 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr:

§ 1

In § 9 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (DVVersoG) vom 20. Dezember 1994 (GVBl. S. 1083, BayRS 763-1-1-I), die zuletzt durch § 1 Nr. 374 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, wird die Angabe „1. Januar 2008“ durch die Angabe „7. März 2015“ und wird die Angabe „§§ 2 bis 5“ durch die Angabe „§§ 2 bis 6“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft.

München, den 28. Juli 2015

**Bayerisches Staatsministerium  
des Innern, für Bau und Verkehr**

Joachim H e r r m a n n , Staatsminister

2030-2-1-5-K

**Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung über das Berufungsverfahren**

**vom 7. August 2015**

Auf Grund des Art. 18 Abs. 10 Satz 1 des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes (BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl. S. 230, BayRS 2030-1-2-K), das zuletzt durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst:

§ 1

Die Verordnung über das Berufungsverfahren (BayBerufV) vom 3. August 2009 (GVBl. S. 409, BayRS 2030-2-1-5-K), die zuletzt durch Verordnung vom 26. April 2013 (GVBl. S. 341) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:  

„2. die Hochschulen für Musik Nürnberg und Würzburg und“.
2. In § 3 Satz 2 wird die Angabe „2015“ durch die Angabe „2019“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft.

München, den 7. August 2015

**Bayerisches Staatsministerium  
für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Dr. Ludwig Spaenle, Staatsminister

2130-3-I

## Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen

vom 14. August 2015

Auf Grund des Art. 80 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2131-1-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2015 (GVBl. S. 296) geändert worden ist, und des Art. 2 Abs. 2 des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen) gemäß Bekanntmachung vom 22. Dezember 1992 (GVBl. 1993 S. 2, 3, BayRS 2132-1-20-I), das zuletzt durch das Abkommen gemäß Bekanntmachung vom 2. August 2013 (GVBl. S. 498; 2014 S. 214) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr:

### § 1

Die Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen (ZustVBau) vom 5. Juli 1994 (GVBl. S. 573, BayRS 2130-3-I), die zuletzt durch § 1 Nr. 176 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe zu § 13 wird wie folgt gefasst:

„§ 13 (aufgehoben)“.

b) In der Angabe zu § 14 wird das Wort „ , Außerkräfttreten“ gestrichen.

2. § 11 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nr. 3 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. das Deutsche Institut für Bautechnik (gemeinsame Marktüberwachungsbehörde).“

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„<sup>1</sup>Die Marktüberwachungsbehörden nehmen die Aufgaben und Befugnisse wahr nach

1. Kapitel III der Verordnung (EG)

Nr. 765/2008 bezüglich Bauprodukten im Sinn des Art. 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a BayBO,

2. dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG), soweit es auf die Marktüberwachung nach dem Bauproduktengesetz Anwendung findet,

3. der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 und

4. dem Bauproduktengesetz.“

bb) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„<sup>3</sup>Die Aufsicht über die gemeinsame Marktüberwachungsbehörde richtet sich nach Art. 5 des DIBt-Abkommens.“

c) Es werden die folgenden Abs. 4 bis 7 angefügt:

„(4) Die gemeinsame Marktüberwachungsbehörde ist zuständig

1. für die einheitliche Prüfung und Bewertung von Bauprodukten in technischer Hinsicht,

2. in Fällen, in denen Bauprodukte nach den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 die in Bezug auf die wesentlichen Merkmale erklärte Leistung nicht erbringen oder eine Gefahr im Sinn des Art. 58 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 darstellen, Maßnahmen nach Art. 56 und 58 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011, nach § 26 ProdSG und Art. 16, 19, 20, 28 und 29 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 zu ergreifen.

(5) <sup>1</sup>Stellt eine Marktüberwachungsbehörde nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 fest, dass Maßnahmen nach Abs. 3 in Betracht kommen, gibt sie die Sachbehandlung für das Bauprodukt an die gemeinsame Marktüberwachungsbehörde ab. <sup>2</sup>Die ausschließliche Zuständigkeit der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde für das Bauprodukt beginnt mit dem Zugang der Abgabeerklärung; das gilt auch für eine Zuständigkeit der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde für ein Bauprodukt, die durch eine Abgabeerklärung

rung eines anderen Landes begründet worden ist. <sup>3</sup>Die Zuständigkeit der Marktüberwachungsbehörden bei Gefahr im Verzug bleibt unberührt.

(6) Verwaltungsakte der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde gelten auch im Freistaat Bayern.

(7) Die Vollstreckung von Verwaltungsakten der gemeinsamen Marktüberwachungsbehörde obliegt, abweichend von Art. 30 Abs. 1 des Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes, der höheren Marktüberwachungsbehörde.“

3. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „ , Außerkräfttreten“ gestrichen.
- b) Abs. 2 wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft.

München, den 14. August 2015

**Bayerisches Staatsministerium  
des Innern, für Bau und Verkehr**

Joachim H e r r m a n n , Staatsminister

300-2-3-J

**Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung über die amtsgerichtlichen Zweigstellen**

**vom 17. August 2015**

Auf Grund des Art. 1 Abs. 3 Satz 1 des Zuständigkeitsgesetzes (ZustG) vom 7. Mai 2013 (GVBl. S. 246, BayRS 2015-1-V), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2014 (GVBl. S. 539) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium der Justiz:

§ 1

Die Verordnung über die amtsgerichtlichen Zweigstellen (AGZweigstV) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 300-2-3-J) veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Verordnung vom 13. April 2015 (GVBl. S. 75) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Angabe zur Überschrift erhält folgende Fassung:

**„(Amtsgericht-Zweigstellen-Verordnung –  
AGZweigstV)“.**

2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Nr. 26 wird aufgehoben.
  - b) Nr. 29 wird aufgehoben.
3. Die Anlage zu § 2 der Verordnung wird wie folgt geändert:
  - a) Nr. 14 wird aufgehoben.
  - b) Nr. 21 wird aufgehoben.

§ 2

<sup>1</sup>Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft. <sup>2</sup>Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 2 Buchst. b und Nr. 3 Buchst. a am 1. Oktober 2015 in Kraft.

München, den 17. August 2015

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**

Prof. Dr. Winfried B a u s b a c k , Staatsminister

315-7-J

**Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung zur Aufhebung von Richtervorbehalten**

**vom 17. August 2015**

Auf Grund des § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Rechtspflegergesetzes (RPfLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2013 (BGBl. I S. 778, 2014 I S. 46), das zuletzt durch Art. 4 des Gesetzes vom 29. Juni 2015 (BGBl. I S. 1042) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Nr. 29 der Delegationsverordnung (DelV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), die zuletzt durch Verordnung vom 17. März 2015 (GVBl. S. 28) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium der Justiz:

§ 1

Die Verordnung zur Aufhebung von Richtervorbehalten (AufhRiVbV) vom 15. März 2006 (GVBl. S. 170, BayRS 315-7-J), die zuletzt durch Verordnung vom 30. Juli 2013 (GVBl. S. 542) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1a Abs. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nr. 2 wird das Wort „und“ gestrichen.
  - b) In Nr. 3 wird der Schlusspunkt durch das Wort „und“ ersetzt.
  - c) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. nach § 16 Abs. 2 RPfLG.“
2. § 2 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Dem Richter bleiben zugewiesen:

  1. am 31. Dezember 2013 anhängige Verfahren in den Fällen des § 1a Abs. 1 Nr. 1 bis 3,
  2. am 31. August 2015 anhängige Verfahren in den Fällen des § 1a Abs. 1 Nr. 4.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2015 in Kraft.

München, den 17. August 2015

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**

Prof. Dr. Winfried B a u s b a c k , Staatsminister



2022-1-I

**Bekanntmachung  
zur Anpassung der im  
Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen  
enthaltenen Rahmensätze, Grenz- und Höchstbeträge  
an das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2015/2016**

**Vom 14. August 2015**

Auf Grund von Art. 46 Abs. 3, Art. 54 Abs. 2, Art. 55 Abs. 3 und Art. 60 Abs. 4 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) vom 24. Juli 2012 (GVBl S. 366, BayRS 2022-1-I), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 8 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBl S. 82), werden hiermit in Folge der Bezügeanpassung zum 1. März 2015 um 2,1 v.H. und zum 1. März 2016 um weitere 2,3 v.H. folgende Rahmensätze, Grenz- und Höchstbeträge neu bekannt gemacht:

1. Anpassung der Rahmensätze, Grenz- und Höchstbeträge im Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) ab 1. März 2015:

- 1.1 Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG gilt in folgender Fassung:

**„Anlage 2  
(zu Art. 46 Abs. 1)**

**Monatliche Dienstaufwandsentschädigungen  
für die Beamten und Beamtinnen auf Zeit  
(gültig ab 1. März 2015)**

		<b>Rahmensätze</b>	
<b>A. Erste Bürgermeister und Bürgermeisterinnen</b>			
1.	kreisangehöriger Gemeinden	213,56 €	bis 702,00 €
2.	kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte		
	a) bis 50 000 Einwohner	376,73 €	bis 1 026,17 €
	b) von 50 001 bis 100 000 Einwohner	538,81 €	bis 1 189,34 €
	c) über 100 000 Einwohner	702,00 €	bis 1 351,43 €
<b>B. Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder</b>			
1.	kreisangehöriger Gemeinden	181,79 €	bis 571,67 €
2.	kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte		
	a) bis 50 000 Einwohner	311,03 €	bis 831,24 €
	b) von 50 001 bis 100 000 Einwohner	441,36 €	bis 961,56 €
	c) über 100 000 Einwohner	571,67 €	bis 1 091,88 €
<b>C. Landräte und Landrätinnen</b>		864,08 €	bis 1 189,34 €

“.

1.2 Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG gilt in folgender Fassung:

**„Anlage 3**  
(zu Art. 53 Abs. 2)

**Monatliche Entschädigungen  
für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen  
(gültig ab 1. März 2015)**

Einwohner der Gemeinde	Rahmensätze
bis 1 000	1 095,17 € bis 2 847,41 €
1 001 bis 3 000	2 737,89 € bis 4 106,85 €
3 001 bis 5 000	3 614,02 € bis 4 873,45 €
über 5 000	4 161,61 € bis 5 256,76 €

“.

1.3 Für die jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG gilt ab 1. März 2015 anstelle des in Art. 55 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 KWBG genannten Grenzbetrags von 3 807,85 € ein Grenzbetrag von 3 887,81 €.

1.4 Für den freiwilligen Ehrensold gelten ab 1. März 2015 folgende Höchstbeträge:

1.4.1 Anstelle des in Art. 60 Abs. 2 Nr. 1 KWBG genannten Höchstbetrags

a) von 1 040,45 € gilt ein Höchstbetrag von 1 062,30 €,

b) von 624,27 € gilt ein Höchstbetrag von 637,38 €.

1.4.2 Anstelle des in Art. 60 Abs. 2 Nr. 2 KWBG genannten Höchstbetrags

a) von 1 533,86 € gilt ein Höchstbetrag von 1 566,07 €,

b) von 920,32 € gilt ein Höchstbetrag von 939,65 €.

2. Anpassung der Rahmensätze, Grenz- und Höchstbeträge im Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen (KWBG) ab 1. März 2016:

2.1 Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG gilt in folgender Fassung:

**„Anlage 2**  
(zu Art. 46 Abs. 1)

**Monatliche Dienstaufwandsentschädigungen  
für die Beamten und Beamtinnen auf Zeit**  
(gültig ab 1. März 2016)

		<b>Rahmensätze</b>	
A.	Erste Bürgermeister und Bürgermeisterinnen		
1.	kreisangehöriger Gemeinden	218,47 € bis	718,15 €
2.	kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte		
a)	bis 50 000 Einwohner	385,39 € bis	1 049,77 €
b)	von 50 001 bis 100 000 Einwohner	551,20 € bis	1 216,69 €
c)	über 100 000 Einwohner	718,15 € bis	1 382,51 €
B.	Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder		
1.	kreisangehöriger Gemeinden	185,97 € bis	584,82 €
2.	kreisfreier Gemeinden und Großer Kreisstädte		
a)	bis 50 000 Einwohner	318,18 € bis	850,36 €
b)	von 50 001 bis 100 000 Einwohner	451,51 € bis	983,68 €
c)	über 100 000 Einwohner	584,82 € bis	1 116,99 €
C.	Landräte und Landrätinnen	883,95 € bis	1 216,69 €

“.

2.2 Anlage 3 zu Art. 53 Abs. 2 KWBG gilt in folgender Fassung:

**„Anlage 3**  
(zu Art. 53 Abs. 2)

**Monatliche Entschädigungen  
für die ehrenamtlichen ersten Bürgermeister und Bürgermeisterinnen**  
(gültig ab 1. März 2016)

Einwohner der Gemeinde	Rahmensätze
bis 1 000	1 120,36 € bis 2 912,90 €
1 001 bis 3 000	2 800,86 € bis 4 201,31 €
3 001 bis 5 000	3 697,14 € bis 4 985,54 €
über 5 000	4 257,33 € bis 5 377,67 €

“.

2.3 Für die jährliche Sonderzahlung nach Art. 55 KWBG gilt ab 1. März 2016 anstelle des in Art. 55 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 KWBG genannten Grenzbetrags von 3 887,81 € ein Grenzbetrag von 3 977,23 €.

2.4 Für den freiwilligen Ehrensold gelten ab 1. März 2016 folgende Höchstbeträge:

2.4.1 Anstelle des in Art. 60 Abs. 2 Nr. 1 KWBG genannten Höchstbetrags

a) von 1 062,30 € gilt ein Höchstbetrag von 1 086,73 €,

b) von 637,38 € gilt ein Höchstbetrag von 652,04 €.

2.4.2 Anstelle des in Art. 60 Abs. 2 Nr. 2 KWBG genannten Höchstbetrags

a) von 1 566,07 € gilt ein Höchstbetrag von 1 602,09 €,

b) von 939,65 € gilt ein Höchstbetrag von 961,26 €.

München, den 14. August 2015

**Bayerisches Staatsministerium  
des Innern, für Bau und Verkehr**

Joachim H e r r m a n n , Staatsminister







**Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt**

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH  
Arnulfstraße 122, 80636 München  
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

---

**Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München**

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat. Zur Herstellung des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatts (GVBl) wird Recycling-Papier verwendet.

**Druck:** AZ Druck und Datentechnik GmbH, Heisinger Straße 16, 87437 Kempten

**Vertrieb:** Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstraße 122, 80636 München  
Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59 / 69, Telefax 0 89 / 29 01 42 90.

**Bezug:** Die amtliche Fassung des GVBl können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl beträgt ab dem 1. Januar 2010 **81,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,00 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).

**Widerrufsrecht:** Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 20 04 63, 80004 München

**Bankverbindung:** Postbank München, Konto-Nr. 68 88 808 BLZ: 700 100 80

ISSN 0005-7134

---